

Kooperationspartnerschaft für eine Vorklasse zur Berufsintegrationsklasse (BIK/V)

am Beruflichen Schulzentrum Hof – Stadt und Land
im Schuljahr 2026/2027

LEISTUNGSVERZEICHNIS / ANGEBOT DES BIETERS

ALLGEMEINES

Der Zweckverband Berufsschule und Bildung in Stadt und Landkreis Hof sucht für die Beschulung einer Vorklasse zur Berufsintegrationsklasse (BIK/V) am Beruflichen Schulzentrum Hof – Stadt und Land **am Schulort Hof** einen geeigneten Kooperationspartner.

Das Konzept der BIK/V ist eine integrative schulische Maßnahme zum Spracherwerb und zur Anbahnung von Kompetenzen für eine erfolgreiche Berufsausbildung und für eine gelingende Integration.

Die Ausschreibung umfasst das Schuljahr 2026/2027. Voraussetzung ist, dass an der Schule nach den schulrechtlichen Bestimmungen die BIK/V-Klasse im Schuljahr 2026/27 u.a. aufgrund ausreichender Schülerzahlen zustande kommt. Die Vergabe steht unter dem Vorbehalt, dass die Klasse auch tatsächlich von der Regierung genehmigt bzw. eingerichtet wird und eine Finanzierung hinreichend gesichert ist. Eine Förderung durch den Freistaat Bayern erfolgt gemäß den Richtlinien vom 21.01.2026, Az. VII.1-BS9400.10-1/66/57 des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus.

Der Kooperationspartner stellt in ausreichender Zahl qualifizierte Pädagogen und Fachkräfte zur sozialpädagogischen Betreuung. In enger Zusammenarbeit mit der Schule wird auf der Basis des Lehrplans für die Berufsvorbereitung sowie eines vom Kooperationspartner entwickelten pädagogischen Betreuungskonzepts Bildungsarbeit geleistet und eine Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt unterstützt.

Der Unterricht beginnt am 15.09.2026, letzter Schultag ist der 30.07.2027. Der Unterricht findet in Absprache zwischen dem Staatl. Beruflichen Schulzentrum Hof – Stadt und Land und dem Kooperationspartner an den allgemeinen Schultagen statt, nicht jedoch während der für Bayern festgelegten Schulferien.

Der Zweckverband Berufsschule und Bildung in Stadt und Landkreis Hof behält sich jedoch die Option vor, den Vertrag bis zu drei Mal auf Grundlage dieser Ausschreibung um ein weiteres Jahr zu verlängern. In diesem Fall wird keine neue Ausschreibung für das Schuljahr 2027/2028, 2028/2029 bzw. 2029/2030 erfolgen.

1. Zielsetzung

- Spracherwerb und Vermittlung grundlegender Deutschkenntnisse;
- Vermittlung von Methoden- und Lernkompetenzen;
- Entwicklung von Selbst- und Sozialkompetenzen durch geeignete Lernformen;
- Vermittlung erster beruflicher Orientierung (u.a. durch handlungsorientierten Unterricht in unterschiedlichen Fachbereichen, Exkursionen und Betriebsbesichtigungen);

- Befähigung zum Wechsel in einen berufsvorbereitenden Bildungsgang ggf. mit Erwerb eines allgemeinbildenden Abschlusses (Berechtigungen des erfolgreichen Abschlusses der Mittelschule) oder einen allgemeinbildenden Bildungsgang - in der Regel Berufsintegrationsklasse BIK.

Die Schülerinnen und Schüler erhalten von der Schule nach Abschluss des Schuljahres eine Bescheinigung des Leistungsstands gem. §13 Abs. 1 Satz 3 BSO. Die Schule gibt auf der Basis der Leistungsfeststellungen und im Austausch aller eingesetzten Lehr- und Fachkräfte eine Empfehlung über den weiteren Bildungsweg der Schülerinnen und Schüler ab. Die Schülerinnen und Schüler können gegebenenfalls die BIKV wiederholen, sofern sie das Klassenziel nicht erreichen.

Am Ende des Schuljahres ist durch den Kooperationspartner **eine g.a.s.t./telc-Prüfung Niveau A2** durchzuführen. Die Ergebnisse müssen Ende Juni vorliegen. Die Kosten für 20 Schülerinnen und Schüler sind in das Angebot einzukalkulieren. Die Mehrkosten für weitere Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind separat auszuweisen (gehen nicht in die Wertung des Angebots ein).

2. Standort, Schulausstattung

Nach Festlegung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus ist im Schuljahr 2026/27 am Staatl. Beruflichen Schulzentrum Hof – Stadt und Land eine Berufsintegrationsvorklasse (BIK/V) zu bilden. Der Unterricht findet vorwiegend in den Räumen des Beruflichen Schulzentrums Hof – Stadt und Land, **Pestalozziplatz 1, 95028 Hof** statt.

Die schulischen Einrichtungen (Lehr- und Unterrichtsmittel, EDV) können verwendet werden. Die vorhandene schulische Sachausstattung kann vom Kooperationspartner in Abstimmung mit dem Schulaufwandsträger mitgenutzt werden; ein Anspruch auf zusätzliche Ausstattungsgegenstände, Materialien usw. besteht nicht. Soweit der Kooperationspartner zusätzliche Geräte oder Materialien für erforderlich hält, hat er diese auf eigene Kosten selbst zu beschaffen.

3. Personal

Der Kooperationspartner hat dafür Sorge zu tragen, dass für die gesamte Laufzeit des Kooperationsvertrags ein fester Personalstamm als Ansprechpartner für die Schülerinnen und Schüler zur Verfügung steht.

Der Kooperationspartner sorgt für eine lückenlose und kontinuierliche Unterrichtsversorgung laut Stundentafel bzw. Stundenplan und stellt im Bedarfsfall (Krankheit, Urlaub, usw.) jeweils geeignete Ersatzkräfte (besitzen einen Zugang zum Schulnetzwerk und digitalem Klassentagebuch) zur Verfügung. Der Kooperationspartner unterrichtet die Schulleitung, die Stundenplaner der Schule und die Klassenleitung rechtzeitig auf vereinbarten Wegen.

Eine verpflichtende Einführung für die Lehrkräfte sowie vertretende Lehrkräfte des Kooperationspartners findet in der ersten Schulwoche statt.

Geeignet ist nur Personal, das die in der Leistungsbeschreibung aufgeführten Anforderungen und Qualifikationen erfüllt und diese über die erforderlichen Prüfungen und Berechtigungen nachweisen kann. Der Kooperationspartner verpflichtet sich, wesentliche Veränderungen in Bezug auf die Eignung und Qualifikation des von ihm eingesetzten Personals unverzüglich der Schulleitung mitzuteilen.

3.1 Anforderungen an das eingesetzte Personal

Der Kooperationspartner setzt zur Durchführung der Maßnahme qualifizierte und möglichst erfahrene pädagogische Fachkräfte sowie Fachkräfte zur sozialpädagogischen Betreuung ein, die nachfolgende Kriterien erfüllen:

- qualifizierte und abgeschlossene Ausbildung
- unterrichtende Fachkräfte: Kenntnis über Aufbau und Gestaltung einer Unterrichtseinheit sowie Kenntnisse in der Erstellung von Leistungsnachweisen und der Notengebung
- Fachkräfte zur sozialpädagogischen Betreuung: einschlägiges, abgeschlossenes Studium (ersatzweise werden auch staatlich anerkannte Erzieherinnen und Erzieher - Jugend/Heimerziehung, Heilerziehungspflegerinnen und -pfleger jeweils mit einschlägiger Zusatzqualifikation und staatlich anerkannte Arbeitserzieherinnen und -erzieher anerkannt, soweit diese mindestens eine dreijährige berufliche Erfahrung mit der Zielgruppe innerhalb der letzten fünf Jahre nachweisen)
- möglichst Berufserfahrung in der Betreuung von Jugendlichen (gerne auch in einem Berufsvorbereitungsjahr) oder Inhaber der Ausbildungsbefähigung/Ausbildungsberechtigung („AdA-Schein“)
- bevorzugt mit dem Einsatz der konfrontativen Pädagogik und projektorientierten Unterrichtsmethoden vertraut
- gemäß § 35 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) über die gesundheitlichen Anforderungen sowie die Mitwirkungspflichten gemäß § 34 IfSG belehrt worden
- keine Einträge im erweiterten Führungszeugnis.

Der Kooperationspartner stellt sicher, dass nur den Anforderungen des Gesetzes für den Schutz vor Masern und zur Stärkung der Impfprävention (Masernschutzgesetz) entsprechendes Personal eingesetzt wird und legt der Schulleitung eine schriftliche Bestätigung darüber vor. Die §§ 34, 35 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) sind zu beachten.

4. Klassengröße

Zur Klassenbildung sind mindestens 16 Schülerinnen und Schüler erforderlich. Eine Unterschreitung kann durch die zuständige Regierung genehmigt werden. Die Klassengröße soll auf Grund der besonderen Anforderungen die Zahl von 20 Schülerinnen und Schülern nicht übersteigen. Sofern absehbar ist, dass v. a. in den ersten Wochen des Unterrichts noch weitere Schüler aufgenommen werden, darf der Unterricht mit 12 Schülern begonnen werden. Die Aufnahme erfolgt durch die Berufsschule.

4.1 Schülerinnen und Schüler

Die Berufsintegrationsvorklasse (BIK/V) steht vorrangig berufsschulpflichtigen jungen Menschen mit Flucht- bzw. Migrationshintergrund offen (Aufnahme zwischen dem 16. und 21. Lebensjahr), die einen besonderen Sprachförderbedarf aufweisen.

Im Rahmen einer BIK/V sollen den Schülerinnen und Schülern zunächst die erforderlichen Grundkenntnisse insbesondere im Bereich der Sprache vermittelt werden. Nach Erreichen des Klassenziels der BIK/V steigen die Schülerinnen und Schüler in die BIK auf.

Eine Ablehnung einer Schülerin oder eines Schülers durch den Kooperationspartner ist nicht möglich. Über eine vorzeitige Beendigung der Teilnahme an der Berufsvorbereitungsklasse entscheidet die Berufsschule in Absprache mit dem Kooperationspartner. Eine nachträgliche Aufnahme durch die Schule ist möglich und richtet sich nach den jeweils gültigen Aufnahmeregelungen.

5. Maßnahmeumfang

In der BIK/V erteilt die Schule 22 Jahreswochenstunden pro Klasse. **Der Kooperationspartner bringt 15 Unterrichtsstunden** (à 45 Minuten) pro Woche und Klasse ein. In Absprache mit der

Schule können entsprechend der Stundentafel (bzw. der Regelungen des entsprechenden KMS) Gruppenteilungen vorgenommen und Teamteaching durchgeführt werden.

Zudem ist die **sozialpädagogische Betreuung** durch den Kooperationspartner zu gewährleisten. Der Umfang der wöchentlichen Betreuungsstunden **beträgt 17 Stunden à 60 Minuten**.

Bei der Erstellung des Stundenplans erfolgt eine Abstimmung von Schule und Kooperationspartner.

Das gesamte Budget der sozialpädagogischen Betreuungsstunden (17 Stunden pro Schulwoche) ist bedarfsgerecht über die Schulwochen zu verteilen.

5.1 Ausgestaltung der Maßnahme

Der Unterricht in der BIK/V findet als vollzeitschulisches Angebot auf Basis schulrechtlicher Bestimmungen (insbesondere BayEUG; BaySchO; BSO; KMS) sowie der örtlichen Rahmenbedingungen unter der Federführung der Schule statt.

Grundlage ist der aktuell gültige Lehrplan für diese Klassenform. Der aktuelle Lehrplan ist unter [lehrplan_fuer_die_berufsvorbereitung.pdf \(bayern.de\)](#) veröffentlicht und enthält die folgenden Lernbereiche:

- Deutsch (Basislehrplan Deutsch; vgl. [Lehrplan für die Berufsschule und Berufsfachschule – Unterrichtsfach Deutsch \(bayern.de\)](#))
- Berufliche Handlungsfähigkeit;
- Mathematik;
- Lebensgestaltung;
- Medienwelten;
- Politik und Gesellschaft sowie
- Religionslehre/Ethik (aktuell gültige Fachlehrpläne evangelische sowie katholische Religionslehre und Ethik für die Berufsschule und Berufsfachschule).

Die berufliche Handlungsfähigkeit ist Leitprinzip und Querschnittsaufgabe.

Der Erwerb der deutschen Sprache findet im Sinne des Unterrichtsprinzips Berufssprache Deutsch als handlungsorientierter Sprachunterricht beziehungsweise sprachsensibler Fachunterricht im Kontext der anderen sechs Lernbereiche statt und ist somit eine Querschnittsaufgabe des gesamten Unterrichts.

Persönlichkeits-, Demokratie- und Wertebildung sowie Medienbildung sind weitere Querschnittsaufgaben des Unterrichts. Kompetenz- und Handlungsorientierung, Individualisierung sowie interkulturelle Bildung sind durchgängige Unterrichtsprinzipien.

Der Unterricht erfolgt in enger Absprache zwischen der Berufsschule und dem externen Kooperationspartner.

5.2 Pädagogisches Rahmenkonzept

Das Pädagogische Rahmenkonzept beinhaltet u.a. einen intensiven Spracherwerb und Deutschförderung als Schlüsselqualifikation zur Teilhabe an Bildung und Erwerbsleben. Das Konzept des Beruflichen Schulzentrums Hof – Stadt und Land zur Beschulung der Vorklasse ist als Beilage diesem Leistungsverzeichnis beigefügt (siehe Seiten 11 bis 13). Dieses ist Bestandteil des Leistungsverzeichnisses sowie des Angebots des Bieters.

5.3 Anforderungen an die Durchführung

- Der Kooperationspartner erstellt bis spätestens zwei Wochen nach Beginn der Maßnahme in enger Abstimmung mit den Lehrkräften der Schule ein teilnehmerorientiertes und

binnendifferenziertes Konzept zur Vermittlung der von ihm übernommenen Lerninhalte und zur Lernbegleitung, das im weiteren Verlauf ausdifferenziert wird (didaktische Jahresplanung). Die Zuständigkeitsbereiche der Lehrkräfte der Schule und der pädagogischen Fachkräfte des Trägers werden zu Beginn der Maßnahme von der Schule in Absprache mit dem Träger konkretisiert.

- Die pädagogischen Fachkräfte des Kooperationspartners unterrichten die Klasse in den von der Schule festgelegten Lernbereichen (Fächern) differenziert nach Kenntnissen und Leistungsstand in enger Abstimmung mit der Schule.
- Die zu entwickelnden Kompetenzen in den genannten Lernbereichen werden entsprechend authentischer Lebens- und Handlungssituationen miteinander verzahnt unterrichtet.
- Individuelle Lernstandserhebungen sind vom Kooperationspartner vorzusehen und in sehr enger Absprache mit der Schule durchzuführen.
- Die vom Kooperationspartner eingesetzten pädagogischen Fachkräfte stellen zum Ende des Schuljahrs in enger Absprache mit der Schule die Sprachkompetenz der Schülerinnen und Schüler fest.

5.4 Anforderungen an die pädagogischen Fachkräfte des Kooperationspartners

Die pädagogischen Fachkräfte des Kooperationspartners halten Unterricht in deutscher Sprache entsprechend den Lehrplänen, Stundenplänen (inklusive der erforderlichen Vor- und Nachbereitung) unter Beachtung der schulischen Erfordernisse. Neben den pädagogischen Fachkräften können auch sozialpädagogische Fachkräfte Teile des Unterrichts übernehmen und auf Basis des Lehrplans adressatengerecht Unterrichtseinheiten gestalten. Der Umfang der zur Verfügung stehenden sozialpädagogischen Betreuung bleibt davon unbeeinflusst.

Die pädagogischen Fachkräfte des Kooperationspartners erstellen und korrigieren die erforderlichen Leistungsnachweise gemäß den Regelungen der Schule und nur in sehr enger Abstimmung mit den Lehrkräften der Schule und stellen die Ergebnisse der Klassenleitung zur Verfügung. Sie halten intensive und regelmäßige Absprachen mit den zuständigen Lehrkräften der Schule, unterstützen die Klassenleitungen, z.B. bei Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen, bei Gesprächen mit den Erziehungsberechtigten und dokumentieren ihre Tätigkeiten.

5.5 Anforderungen an die sozialpädagogische Betreuung

Der Kooperationspartner hat in der BIKV für ein sozialpädagogisches Betreuungskonzept zu sorgen. Dieses Konzept ist den Schulen spätestens sieben Kalendertage vor Unterrichtsbeginn vorzulegen. Im Rahmen der sozialpädagogischen Betreuung übernimmt der Kooperationspartner folgende Aufgaben:

- Gewährung gleichbleibender und kontinuierlicher Ansprechpersonen für die Schülerinnen und Schüler vor Ort
- mobile Jugendarbeit, um im Bedarfsfall Schulverweigerern sozialpädagogische und schulische Hilfe anzubieten
- zeitlich regelmäßig festgelegte Sprechstunden außerhalb der Unterrichtszeit an den Schulen
- individuelle Einzelbetreuung nach Absprache mit den Schülerinnen und Schülern in der Regel außerhalb der Unterrichtszeit
- Mitwirkung beim Dialog der Schule mit den Eltern bzw. Erziehungsberechtigten
- enge Zusammenarbeit sowie inhaltliche und organisatorische intensive Abstimmung mit den Klassenleitungen, den Lehrkräften und der Fachbetreuung der Schule.

Ein Tätigkeitsbericht des Sozialpädagogen ist drei Mal jährlich bei der Schule vorzulegen. Die Sozialpädagogen müssen zur Abstimmung mit dem Klassenlehrer ab Beginn der Maßnahme mindestens dreimal pro Woche vor Ort zur Verfügung stehen (siehe Präsenzzeiten).

Die sozialpädagogische Kraft sollte erfahren sein in der Arbeit mit Jugendlichen in Problemsituationen (auch mit Traumatisierungen), insbesondere im Umgang mit Menschen aus anderen Kulturen und mit Migrationshintergrund. Die Qualifikationen und einschlägigen Erfahrungen sind personenbezogen im Konzept nachzuweisen. Die Arbeit besteht dabei in folgenden Schwerpunkten, die in Absprache mit der Schule zu planen und durchzuführen sind:

- Mindestens 12 Stunden Präsenzzeit (während des Kernunterrichts) am Beruflichen Schulzentrum. Die Berufsschule legt die tägliche Präsenzzeit zu Beginn des Schuljahres fest.
- Bearbeitung von Problemen innerhalb der Klasse/Gruppe,
- Einzelbetreuung in schwierigen Situationen, die durch Flucht, Traumatisierung und aktuelle Lebenssituationen entstehen,
- berufsorientierende Gespräche im Einzel- und Gruppenrahmen,
- Unterstützung der Verwaltungsarbeiten (z.B. Organisation der Fahrkarten, Bearbeitung von Fehlzeiten, Organisation Nachsitzen, etc.)
- Organisation bzw. Vermittlung von Übersetzern (Sprachmittlern), die bei Konfliktgesprächen mit Schülern und Eltern anwesend sein müssen.
- Bemühungen zur besseren Integration in der neuen Lebenssituation (Unterstützung von Patenschaften, Sportvereine etc.). Dabei richtet sich der Arbeitsort nach der jeweiligen Situation (Räume des Kooperationspartners, Berufsschule, Wohngruppen und Wohnungen der Schüler, Ämter- und Behördengänge etc.) und
- Maßnahmen zur Steigerung der sozialen Kompetenzen/Konfliktbewältigung in schwierigen Situationen (Konflikte in Schule, Wohngruppe)
- Es soll eine Dokumentation des Verlaufes der Maßnahme für jeden Teilnehmer erfolgen. Aufgrund dieser Dokumentation werden in regelmäßigen Abständen die Situation der Teilnehmer und die weiteren Ziele erörtert (nach Bedarf zwischen Kooperationspartner, Berufsschule, Wohngruppe, Vormund)
- sozialpädagogisches Übergabemanagement (z. B. an die örtliche Schulsozialarbeit).

5.6 Zusätzliche Anforderungen

Der Kooperationspartner wirkt bei den notwendigen Aufnahmegesprächen zum Kennenlernen und ggf. zur Auswahl und Einstufung der Schülerinnen und Schüler (Zuteilung auf die einzelnen Klassen) mit.

Für die Abstimmung der pädagogischen Fachkräfte des Kooperationspartners mit der Schule müssen durchschnittlich eine Stunde pro Woche und Fachkraft einkalkuliert werden. Eine gesonderte Vergütung für Abstimmungen sowie Vor- und Nachbereitung wird nicht gewährt.

Fehlzeiten von Teilnehmern bei dem vom Kooperationspartner verantworteten Unterricht sind an die Berufsschule zu melden. Eine Teilnehmerliste wird von der Schule gestellt.

Die pädagogischen Fachkräfte des Kooperationspartners führen in Absprache mit der Berufsschule das digitale Klassentagebuch und müssen zuverlässig die Anwesenheit der Schülerinnen und Schüler zu Beginn der Unterrichtseinheit, den Grund der Fehlzeiten und die Unterrichtsinhalte stichwortartig notieren.

Durchführung von Projektmodulen außerhalb der Unterrichtszeit mit den Schwerpunkten Erwerb interkultureller Kompetenzen, Teamfähigkeit sowie Personal- und Sozialkompetenz.

Der Kooperationspartner organisiert und finanziert im Rahmen seines Anteils der Maßnahme mindestens eine schulische Aktivität pro Klasse zur Förderung der Klassengemeinschaft mit einem geeigneten (z. B. erlebnispädagogischen) Programm. Es ist darauf zu achten, dass sich die schulische Aktivität an den Lehrplaninhalten orientiert bzw. mit dem Lehrplan vereinbar ist. Zudem

soll die ganze Klasse an der schulischen Aktivität teilnehmen. Bei der Angebotskalkulation wird für die Durchführung der schulischen Aktivität ein Betrag von pauschal 750,00 € pro Klasse angesetzt. Hiervon können schülerbezogene Kosten für Verbrauchsmittel, Fahrtkosten, Eintrittsgelder und ggf. Übernachtungskosten bestritten werden. Im Abschlussbericht sind die entstandenen Kosten in der tatsächlichen Höhe anzugeben und nachzuweisen. Diese werden bis maximal 750,00 € pro Klasse anerkannt und nach Vorlage der Nachweise mit der Schlussrechnung ausbezahlt. Nicht nachgewiesene Mittel werden nicht erstattet. Der maximale Fördersatz für die jeweilige Klassenart darf inkl. der schulischen Aktivität nicht überschritten werden. Zeiten, in denen das Personal des Kooperationspartners die Schülerinnen und Schüler während der Aktivität betreut (d.h. ohne Vor- und Nachbereitung sowie ggf. Nachtzeiten), werden zu den maßgeblichen Stundensätzen der Ausschreibung anerkannt. Werden durch die Dauer der schulischen Aktivität Mehrleistungen des Personals erbracht, können diese während des übrigen Schuljahres mit Fehlstunden verrechnet werden. Eine Vergütung von Mehrleistungen über den Maßnahmenumfang hinaus am Ende der Vertragslaufzeit ist nicht möglich. Die Durchführung der schulischen Aktivität ist nur nach Absprache mit der Schulleitung möglich.

Zusätzlich sind folgende Vorgaben zu beachten:

- Über die genannten Bereiche Fahrtkosten, Eintrittsgelder und Übernachtungskosten hinaus können keine Ausgaben erstattet werden.
- Unter Eintrittsgelder fallen auch Honorare oder Kosten insbesondere für Trainer, Stadtführer oder Dozenten, die für die Durchführung der Aktivität erforderlich sind.
- Verpflegungskosten werden grundsätzlich nicht anerkannt (Ausnahme: Frühstück in Verbindung mit einer Übernachtung, Lebensmittel für Kochprojekte).
- Kosten für Materialien – ausgenommen Verbrauchsmaterialien – werden grundsätzlich nicht übernommen.

Die Durchführung der schulischen Aktivität ist nur nach schriftlicher Genehmigung durch die Schulleitung auf dem dafür vorgesehenen Formblatt möglich. Dieses wird durch die Koordinatorinnen und Koordinatoren für Berufsvorbereitung zur Verfügung gestellt. Eine zusätzliche Genehmigung durch die Koordinatorinnen und Koordinatoren für Berufsvorbereitung ist nicht notwendig.

Für Betriebspraktika, die in Ausnahmefällen auch in den BIK/Vs möglich sind (auch in den Schulferien), besteht ein gesetzlicher Unfallversicherungsschutz. Für den notwendigen Abschluss einer Haftpflichtversicherung für die Schülerinnen und Schüler ist der Kooperationspartner verantwortlich.

6. Allgemeine Leistungspflichten des Kooperationspartners

Der Kooperationspartner arbeitet in enger Abstimmung mit der Schule und dem Berufsschulzweckverband zusammen und stimmt sich regelmäßig ab (Teilnahme an gemeinsamen Sitzungen/Konferenzen). Der Kooperationspartner bringt seine Erfahrungen in der Jugendarbeit und im Besonderen in der Arbeit mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund ein. Er nutzt seine guten Kontakte zu den relevanten örtlichen Behörden und Einrichtungen bzw. baut diese schnellstmöglich auf und pflegt diese. Er nutzt seine guten Kenntnisse des regionalen Ausbildungs- und Arbeitsmarktes bzw. verschafft sich diese schnellstmöglich. Der Kooperationspartner sorgt für die erforderliche Arbeitsausstattung des eingesetzten Personals.

Der Kooperationspartner ist verpflichtet, Leistungsüberprüfungen (einschließlich entsprechender Zugangsgewährung) durch staatliche Stellen während der laufenden Maßnahme sowie ggf. bei der nachträglichen Überprüfung durch Prüfungsorgane des Freistaates Bayern zu gestatten. An Maßnahmen des Monitorings, der Bewertung und Evaluierung hat er mitzuwirken. Die hierfür

erforderlichen Unterlagen sind bereitzustellen.

Der Kooperationspartner wirkt nach Aufforderung durch den Träger bei der Erstellung des Sachberichts mit.

6.1 Dokumentationspflichten des Kooperationspartners

Alle Unterrichtseinheiten sowie der Verlauf der Maßnahme werden, um eine Nachvollziehbarkeit zu gewährleisten, durch den Kooperationspartner schriftlich festgehalten. Zudem werden die Schülerbewegungen laufend in Form einer Datenbank dokumentiert und ausgewertet.

Darüber hinaus umfasst die Dokumentation des Kooperationspartners folgende Teilbereiche:

- Dokumentation der Lernstandserhebungen zu Beginn der Maßnahme
- Dokumentation der individuellen Lernfortschritte während der Maßnahme
- Dokumentation der geleisteten Unterrichts- und Betreuungsstunden
- Dokumentation der schulischen Aktivität

6.2 Aufbewahrung durch den Kooperationspartner

Der Kooperationspartner bewahrt die mit der Maßnahme im Zusammenhang stehenden Belege für mindestens fünf Jahre nach Abschluss der Maßnahme auf. Hierzu gehören die zahlungsbegründenden Unterlagen insbesondere die Stundennachweise und der Abschlussbericht samt Anlagen. Bei der Aufbewahrung sind alle datenschutzrechtlichen Vorschriften einzuhalten.

PREISANGEBOT PRO SCHULJAHR

Es wird ein Angebot in Form eines Pauschalpreises **für das Schuljahr 2026/2027** vom Bieter erwartet, dass die gesamten anfallenden und nach den jeweils aktuellen Förderrichtlinien zuwendungsfähigen Kosten beinhaltet. Die Angebotswertung erfolgt mit Hilfe einer Matrix (siehe Anlagen 3a und b). Die Zuschlagskriterien lauten Preis 50% und Leistung 50%.

Das Angebot enthält alle anfallenden Kosten wie Personalkosten, Verwaltungskosten, Beschaffung der Lehr-/Lernmittel (für Arbeitsbücher und die einmalige Erstausrüstung: 1 Ordner mit Trennblättern, Stifte, Textmarker, Schreibblock ist mit einer Pauschale von 50,00 € pro Schüler zu kalkulieren), g.a.s.t./telc-Prüfung Niveau A2 (für 20 Schüler) und Betreuung in Verantwortung des Kooperationspartners sowie sonstige Sachkosten.

Bei der Angebotskalkulation wird für die Durchführung einer schulischen Aktivität ein Betrag von pauschal 750,00 EUR pro Klasse angesetzt. Hiervon können Fahrtkosten, Eintrittsgelder und ggf. Übernachtungskosten bestritten werden (vgl. Nr. 5.6).

Darüber hinaus ist mit dem Angebot vorzulegen:

- a) Struktur, Organisation und Personalwesen der außerschulischen Einrichtung
- b) ein fachliches Konzept des Trägers
- c) ein sozialpädagogisches Konzept
- d) der Kooperationspartner erstellt ein teilnehmerorientiertes Konzept zur Vermittlung mündlicher und schriftlicher Sprachkompetenz. Verbindliche Bestandteile bilden individuelle Lernstandserhebungen im Einstufungssystem für die Integrationskurse in Deutschland zur Ermittlung der mündlichen und schriftlichen Sprachkompetenz. In enger Abstimmung mit den Lehrkräften der Berufsschule ist die Evaluation, Kommunikation und Dokumentation auch kleinschrittiger Fördererfolge transparent zu machen.

Mit dem Angebot sollen für die Positionen a) bis d) konzeptionelle Unterlagen in einem Umfang von jeweils maximal vier DIN A4 Seiten vorgelegt werden.

Für die Durchführung der vom Kooperationspartner verantworteten Unterrichtstätigkeiten während des in den Hinweisen genannten Projektzeitraumes wird folgende Vergütung angeboten:

Angebotspreis Kooperationspartner pro Schuljahr inkl. sozialpädagogischer Betreuung	
für eine Klasse (Schulort Hof)	_____ EUR (netto)
zuzüglich _____ % MwSt.	_____ EUR
= BRUTTOPREIS	_____ EUR.

Für die Abnahme der g.a.s.t./telc-Prüfung Niveau A2 betragen die Mehrkosten EUR pro Teilnehmer, sofern mehr als 20 Schüler an der Prüfung teilnehmen.

Es besteht eine Preisbindung während der Vertragsdauer. Der Angebotspreis ist damit ein Festpreis.

Nach Rechnungsstellung wird die Vergütung am Ende des Projektzeitraumes durch den Zweckverband Berufsschule und Bildung ausbezahlt. Für den Verwendungsnachweis im Rahmen der Förderrichtlinien ist neben einem Sachbericht eine gegliederte Kostenaufstellung (Personalkosten, Sachkosten, Verwaltungskosten usw.) als Kalkulationsnachweis vorzulegen. Für den Personaleinsatz ist die Art und Anzahl der geleisteten Stunden von Lehrpersonal und Sozialpädagogen anhand des Klassentagebuches nachzuweisen.

ERKLÄRUNGEN DES BIETERS

Ich/Wir erkläre(n), dass

- Maßgebend und für den Kooperationspartner verbindlich sind die jeweils gültigen Fördergrundsätze des Freistaates Bayern für die vorgenannte Maßnahme (auf die Richtlinie des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, Az. VII.1-BS9400.10-1/66/57 vom 21.01.2026 wird verwiesen)
- der Kooperationspartner bis spätestens 7 Kalendertage vor Tätigkeitsbeginn bei der Schulleitung die entsprechenden Ausbildungs- und Studiennachweise und aktuelle erweiterte Führungszeugnisse (nicht älter als drei Monate) gemäß §30a des Bundeszentralregistergesetzes für das eingesetzte Personal vorlegt. Gleiches gilt bei personellen Veränderungen.
Im Rahmen der Angebotsabgabe reicht die Angabe der Qualifikation zunächst aus.
- die datenschutzrechtlichen Bestimmungen eingehalten werden. Insbesondere werden keine personenbezogenen Daten, die in Zusammenhang mit der Durchführung der Maßnahme bekannt werden, weitergegeben bzw. weiterverwendet.

UNTERSCHRIFT DES BIETERS FÜR SEIN ANGEBOT

Ich bin mir bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung im Angebot meinen Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge haben kann.

Die nachstehende Unterschrift gilt für alle Teile des Angebots inklusive der Anlagen. Wird eine selbstgefertigte Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses abgegeben, wird mit der Unterschrift auch die vom Auftraggeber verfasste Urschrift des Leistungsverzeichnisses als alleinverbindlich anerkannt.

Mir ist bekannt, dass mein Angebot bei Überschreitung der Fördermittel der einzelnen Klassenart von der Wertung ausgeschlossen wird (die maximale Fördersumme pro Klasse im Schuljahr 2026/27 beträgt nach Abzug der Pauschale für die schulische Aktivität 64.990,00 EUR).

Ort, Datum, Stempel und Unterschrift

....., den

.....

Wird das Angebotsschreiben hier nicht unterschrieben, kann das Angebot nicht gewertet werden!

Ansprechpartner beim Bieter:

Telefon-Nr.:

Angebot-Nr./Ihr Zeichen:

Beiblatt: Konzept zur Beschulung

Berufliches Schulzentrum Hof – Stadt
und Land
Pestalozziplatz 1
95028 Hof

Konzept zur Beschulung der Vorklasse zur Berufsintegrationsklasse (BIK/V) im Rahmen der Berufsvorbereitung1. Ausgangslage

Mit der Vorklasse zur Berufsintegrationsklasse steht eine Klassenform für Jugendliche und junge Erwachsene mit Flucht- und Migrationshintergrund zur Verfügung. Obwohl das Berufliche Schulzentrum Hof – Stadt und Land bereits langjährige Erfahrung mit Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz hat, stellt diese Klasse aus folgenden Gründen eine Herausforderung im Umgang mit den Schülerinnen und Schülern dar:

- Minimale bis geringe Kenntnisse der deutschen Sprache
- Sehr heterogene Vorkenntnisse in Mathematik und anderen allgemeinbildenden Fächern
- Kaum reale Vorstellungen von der Arbeitsweise in Betrieben
- Kaum Kenntnisse über das Bildungssystem, vor allem im beruflichen Sektor
- Minimale Kenntnisse der westlichen Kultur, Christlichen Religion und Lebensweise
- Unterschiedlich starke Traumatisierungen
- Verunsicherung in der fremden Umgebung und dadurch schwer einzuschätzende Reaktionen in schwierigen Situationen
- Fehlender familiärer Rückhalt (nur teilweise aufgefangen durch die Betreuung in Wohngruppen)
- Unterschiedliche, aber teilweise sehr hohe Motivation zu lernen und sich zu integrieren
- Große Hoffnungen auf eine erfolgreiche Zukunft, mit der Möglichkeit, die Familien in den Herkunftsländern unterstützen zu können.

2. Grundsätze

Um die Schülerinnen und Schüler effektiv fördern zu können und damit die Chancen von Integration zu erhöhen, ist es wichtig, bei der Arbeit mit den Jugendlichen folgende Grundsätze zu beachten:

- Die mit den jeweiligen Aufgaben betrauten Lehrer und Betreuer müssen gut kooperieren (häufige Treffen, schnelle und direkte Kontakte)
- Es sollen möglichst wenige Personen und Institutionen beteiligt sein.
- Es sollte an möglichst wenigen Orten mit den Schülern gearbeitet werden. Die Arbeit des Kooperationspartners sollte deshalb in den Räumen der Berufsschule stattfinden.
- Das Anbahnen und Ausbauen von Kontakten mit Schülern, Jugendlichen, Vereinen, Familien, Gemeinden und Ausbildungsbetrieben ist eine wichtige Grundlage für eine erfolgreiche Integration und daher Teil der Arbeit mit den Jugendlichen.

3. Konzeptstruktur

Das Konzept basiert auf den beiden Bereichen Allgemeinbildung und Berufsorientierung. Die Allgemeinbildung setzt den Schwerpunkt auf die Erweiterung der Deutschkenntnisse und in der Bildung mathematischer Grundlagen. Die Berufsorientierung vermittelt neben dem Einblick in verschiedene Berufsbereiche die grundlegenden berufssprachlichen Kenntnisse und psychomotorischen Fähigkeiten.

3.1 Allgemeinbildung

Im Bereich der Allgemeinbildung wird angestrebt, nach zwei Jahren ein dem Abschluss der Mittelschule vergleichbares Niveau zu erreichen. Dies soll durch die Verleihung des erfolgreichen Mittelschulabschlusses durch die Berufsschule nach erfolgreichem Besuch der zweijährigen vollzeitschulischen Maßnahme bescheinigt werden. Außerdem soll die Möglichkeit einer Teilnahme an der externen Prüfung zur Erlangung des qualifizierenden Abschlusses an einer Mittelschule geschaffen werden.

3.2 Berufsorientierung

Im Bereich der Berufsorientierung sollen Grundfertigkeiten in verschiedenen Bereichen entwickelt und so die Berufsreife gefördert werden. Der Einblick in die Arbeitsweisen unterschiedlicher Berufsfelder dient vor allem der Berufsorientierung und Berufsentscheidung. Dieser Bereich wird primär von der Berufsschule abgedeckt. Darüber hinaus wird angestrebt, Kontakte und Beziehungen zwischen den Jugendlichen und der heimischen Bevölkerung anzubahnen.

3.3 Integrationsbemühungen

Um die Kompetenzen im sozialen und kommunikativen Bereich zu verbessern und das soziale Leben in der Klasse zu fördern wird eine sozialpädagogische Betreuung organisiert. Ziel ist eine gezielte Integration in Schule und Gesellschaft, die den Jugendlichen später ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben ermöglichen soll. Diese Bemühungen werden primär vom Kooperationspartner koordiniert und organisiert, wobei sich alle Beteiligten an der Umsetzung gemäß ihren jeweiligen Möglichkeiten beteiligen.

4. Ziele

Ziel der Vorklasse zur Berufsintegrationsklasse und der anschließenden Berufsintegrationsklasse ist es, den Schülern einen allgemeinbildenden Abschluss (Mittelschulabschluss) zu ermöglichen und sie auf eine Berufsausbildung vorzubereiten.

Folgende grundlegenden Ziele sollen hierbei angestrebt werden:

- Schaffung der berufs- und alltagssprachlichen Voraussetzungen zur Teilnahme am Unterricht der Berufsschule und in den Betrieben. Schwerpunkt ist hierbei die Vertiefung der sprachlichen Kompetenzen in fachlichen Zusammenhängen (Berufssprache Deutsch).
- Vermittlung grundlegender allgemeinbildender Kenntnisse und Fertigkeiten, die dem Niveau eines Mittelschulabschlusses entsprechen.
- Vermittlung grundlegender Kenntnisse und Fertigkeiten zur Bewältigung des Alltagslebens als junger Erwachsener in Deutschland.
- Vermittlung grundlegender Kenntnisse und Fertigkeiten im Bereich der modernen Informationstechnik (Medienkompetenz).
- Vermittlung grundlegender Kenntnisse und Fertigkeiten in unterschiedlichen beruflichen Bereichen. Hierbei sollen entsprechende Begabungen und Motivationen zur Ausbildung in diesem Bereich erkannt und entwickelt werden.
- Vorbereitung auf den Abschluss der Mittelschule. Ermöglichung der Teilnahme an der externen Prüfung zur Erlangung des qualifizierenden Abschlusses der Mittelschule. Verleihung des erfolgreichen Mittelschulabschlusses durch die Berufsschule.
- Übergreifende Auseinandersetzung mit allgemeinen Lebensfragen. Hierbei steht im Vordergrund, die eigene Person in der Lebenswelt zu reflektieren und die Integration in das neue kulturelle Umfeld zu ermöglichen.

5. Lerninhalte

5.1 Vorbemerkung

Die Stärkung der Alltagskompetenzen wie Ernährung, Gesundheit, selbstbestimmtes Verbraucherverhalten, Umweltverhalten, Haushaltsführung ist ein wesentlicher Bestandteil des unterrichtlichen Konzepts. Dabei wird ein Praxisbezug hergestellt und auf die Lebenswirklichkeit der Schülerinnen und Schüler Rücksicht genommen, um diese zielführend auf das gesellschaftliche Leben und die Arbeitswelt vorzubereiten. Der allgemeinbildende Bereich und die beruflichen Grundlagen werden in Abstimmung zwischen Schule und Kooperationspartner aufgeteilt. Der Unterricht findet auf Grundlage der schulrechtlichen Bestimmungen statt (BayEUG, BaySchO, BSO, KMS).

Hinweis: Der neue Lehrplan mit den Stundentafeln für die Berufsvorbereitung legt keine Stundenmaße für die einzelne Lernbereiche und Module fest. Die Zuweisung der zur Verfügung stehenden Wochenstunden aus der jeweils gültigen Stundentafel zu den Modulen erfolgt unter Berücksichtigung der Lernvoraussetzungen der Schülerinnen und Schüler sowie der Zielsetzung

der jeweiligen Klassenform im Rahmen der didaktischen Jahresplanung und in pädagogischer Verantwortung des Klassenteams.

Den einzelnen Klassenformen der Berufsvorbereitung liegen Stundentafeln zugrunde. Die Reihenfolge der Module des Lehrplans ist nicht verbindlich, sie ergibt sich aus der gegenseitigen Absprache des Klassenteams zur Unterrichtsplanung.

5.2 Allgemeinbildende Bereiche

Die genaue Aufteilung der Inhalte erfolgt in enger Abstimmung zwischen Schule und Kooperationspartner.

1. Schwerpunkt: Deutsch für Ausländer

Im Intensivkurs wird in verschiedenen Modulen die sprachliche Bewältigung von lebenspraktischen Situationen allgemeiner Art trainiert. Folgende Module der sprachlichen Förderung sind dabei abzudecken:

- Alltagssprache (Begrüßung, Orientierung, Vorstellung, Bekanntwerden, Alltagskommunikation...)
- Sprachlicher Umgang mit alltäglichen Finanzproblemen (Geld, Bankgeschäfte, Rabatte, Aufschläge, Steuern, Rechnungen, Kalkulationen, Schulden ...)
- Sprachlicher Umgang im Bereich Ernährung und Gesundheit (Einkaufen, Kochen, Tischkultur, gesunde Ernährung, Kennzeichnungen, Hygiene, Sauberkeit, Krankheiten, Arztbesuch, Krankenversicherung, Erste Hilfe ...)
- Sprachlicher Umgang im Verkehr (Karten und Pläne, Verbindungen, Verkehrsmittel, Umsteigen, Orientierung, Verkehrsregeln)
- Sprache in der Gesellschaft (Demokratie, Rechtsstaat, Wahlen, Ämter, Institutionen, Lohn und Steuern, Sozialversicherungen)
- Sprache und Kultur (Musik, Kunst, Museen, Geschichte, Stadt, Natur, Sport)
- Sprachlicher Umgang im Bereich Wohnen und Leben (Mietvertrag, Mietkosten, Einrichtung und Renovierung einer Wohnung).

2. Schwerpunkt: Allgemeinbildendes Niveau der 9. Klasse Mittelschule nach zwei Jahren

- Deutsch
- Mathematik/Rechnen
- Englisch
- GSE (Geschichte/Sozialkunde/Erdkunde)
- Landeskunde

Im ersten Jahr (BIK/V) werden die Grundlagen geschaffen, die im zweiten Jahr (BIK) gezielt in Richtung auf das Niveau des Mittelschulabschlusses vertieft werden.

3. Schwerpunkt: Übergreifende Auseinandersetzung mit Lebensfragen („Lebenskunde“)

Im Vordergrund steht hierbei die eigene Person in der neuen Lebenswelt zu reflektieren und die Person in das neue Lebensfeld zu integrieren.

4. Schwerpunkt: Leistungsnachweise/Zertifikatsprüfungen

- Anzahl, Umfang und Niveau der schriftlichen Leistungsnachweise sind mit der Schulleitung festzulegen
- Leistungsnachweise und Zertifikatsprüfungen verbleiben zur Archivierung an der Schule
- Durch den Kooperationspartner sind in Abstimmung mit der Klassenleitung Zertifikatsprüfungen der Niveaustufe A2 durchzuführen
- Die pädagogischen Fachkräfte des Kooperationspartners unterstützen die Schule ggf. bei der Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf externe Prüfungen (z. B. des Deutschen Sprachdiploms I professional (DSD I pro) der Kultusministerkonferenz und/oder g.a.s.t./Telc).